

TTIP ganze Entwicklung Postämter
 Jobs Ergebnis unermessliche Krise finanzielle verlieren
 wurde Freihandelsabkommen Fortführung bewussten
 Steiermark Steigen Profite Politik Krise
 Abwanderung Wirtschaft Regionen
 fehlt Ballungszentren kulturelle folgen
 Land auf neoliberalen Solidarität Armut
 Euro Griff Teilzeitarbeit Zufall fest
 Beitritt Krankenhäuser Hilfe Solidarität geplagt
 größer unsichere Arbeit Unabhängigkeit Arbeit
 brauchen brauche Arbeitsplätze Während
 Frauen präkäre neue Menschen beschleunigt vieles
 Jungen Hilfe präkäre neue Menschen beschleunigt vieles
 kein Perspektive Polizeistationen Langzeitarbeitslosen hat
 Nebenbahnen Richtungswechsel spüren stehen
 Schulen Mittelpunkt verschwinden Landab Zahl
 Mieten arbeitslos Beschäftigungsverhältnisse verschärft Tag zugesperrt

Arbeit schaffen in Zeiten der Krise



Die Krise hat die Steiermark noch immer fest im Griff. Die Folgen spüren die Menschen jeden Tag. Arbeitsplätze verschwinden, neue entstehen unter schlechteren Bedingungen und in zu geringer Zahl. Die Reihe der Langzeitarbeitslosen wird immer länger. Teilzeitarbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse treffen vor allem Frauen, welche ohnehin schon unter Mehrfachbelastungen zu leiden haben.

Während ganze Regionen von Abwanderung geplagt sind, steigen die Mieten in den Ballungszentren ins Unermessliche. Landauf, landab werden Postämter, Polizeistationen, Krankenhäuser, Schulen und vieles mehr zugesperrt, verschwinden Nebenbahnen und kulturelle Einrichtungen.

Diese Entwicklung ist kein Zufall. Sie ist Ergebnis einer bewussten, neoliberalen Politik. Dieser Prozess wurde mit dem Beitritt zu EU und Euro beschleunigt und verschärft. Das Freihandelsabkommen TTIP ist nur eine konsequente Fortführung dieser schädlichen Politik.

Wir wollen diese menschenfeindliche Politik nicht länger hinnehmen.

Unser Gegenkonzept:

Wer aktiv Arbeitsplätze auf sozial verträglicher Grundlage schaffen will, muss mit der bisherigen Politik brechen. Es braucht eine Neuorganisation der Arbeitswelt, bei der die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die Profite.

Ein zentrales Anliegen für die Politik müsste eine Hebung der Kaufkraft durch eine aktive Lohnpolitik sein, ergänzt durch ein dichtes soziales Netz, bewusst auch auf Kosten der Profite.

Wer Arbeitsplätze schaffen will, muss zu allererst damit aufhören, ständig gute Arbeitsplätze zu vernichten. Seit dem Beitritt zur EU gingen in Österreich zehntausende Vollzeitarbeitsplätze verloren. Allein Post und ÖBB bauten fast 45.000 Stellen ab. Seit 1995 wurden in der steirischen Industrie 15.000 Arbeitsplätze vernichtet.

Privatisierungen müssen gestoppt werden. Das Land sollte stattdessen selbst zu einer aktiven Wirtschaftspolitik übergehen. Wir sagen: Schlüsselbereiche der

Wirtschaft und der Daseinsvorsorge gehören in die öffentliche Hand. An einem öffentlichen Programm zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen führt kein Weg vorbei. Dazu braucht es Investitionen: beispielsweise in den Ausbau kommunaler Infrastruktur, öffentliche Verkehrsmittel und den massiven Neubau von Gemeindewohnungen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität und auch die Unternehmensprofite steigen von Jahr zu Jahr. Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Gleichzeitig kommen immer mehr Steirerinnen und Steirer mit ihrem Einkommen kaum mehr über die Runden. Die von der KPÖ-Steiermark formulierten Punkte zeigen auf, wie in Zeiten der Krise Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Arbeitsplatzvernichtung stoppen!

Nein zu Privatisierungen

Wer neue Arbeitsplätze schaffen will, muss zu allererst damit aufhören, ständig gute Arbeitsplätze zu vernichten. Privatisierungen führen zu Leistungsabbau, Gebührenerhöhungen, schlechteren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und einem geringeren Personalstand.

Ein Privatisierungsstopp muss her. Im Gegenteil: das Land sollte selbst zu einer aktiven Wirtschaftspolitik übergehen. Wir sagen: Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge gehören in die öffentliche Hand.

Wir wenden uns auch gegen die Zerschlagung der Gesundheitsversorgung in der Steiermark. Stattdessen braucht es einen Ausbau der Spitäler, Pflegeheime usw. Finanzierung durch Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage bei Krankenversicherung, Auflösung der KAGES und Rückführung in unmittelbare Verfügung des Landtages.

Gegen Minijobs und Leiharbeit – Lohndumping effektiv entgegenzutreten

Der Arbeitsmarkt ist im Wandel. Befristete Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeit- und Leiharbeit nehmen zu, reguläre, gut bezahlte Arbeitsplätze gibt es immer weniger. Arbeit geschieht unter prekären Bedingungen. Die Belegschaften werden gespalten: wer eine Fixanstellung hat, muss froh sein und den Mund halten, um vielleicht die Fixanstellung zu behalten, Leiharbeiter hingegen müssen doppelt so hart arbeiten und den Mund halten, um vielleicht eine Fixanstellung zu bekommen. Das ist unwürdig und spaltet die Arbeiterklasse. Wer eine Leiharbeitsstelle hat, muss ein Übernahmerecht nach spätestens einem Jahr bekommen. Auf Perspektive muss Leiharbeit abgeschafft werden.

Es braucht gesetzliche Regulierungen, um Lohndumping zu unterbinden. Das Land selbst muss eine Vorbildrolle bei der Entlohnung und den Rahmenbedingungen, Sozialleistungen usw. für die Beschäftigten einnehmen. Es darf nicht sein, dass die öffentliche Hand mit Hilfe der Leiharbeit KV-Arbeitszeiten unterläuft! Kurzfristig umsetzbar wären ein Verbot der Leiharbeit im öffentlichen Bereich, also überall dort, wo Land und Kommunen Einfluss haben – Stadtgärtnereien, Kindergärten usw. Grundsätzlich muss für das Land gelten: Ein Job, der nicht 10 Euro die Stunde wert ist, muss anders organisiert werden oder gehört abgeschafft!

Die öffentliche Hand muss sich einmischen!

Für einen öffentlichen Wirtschaftssector

Die öffentliche Hand muss wieder ein Faktor im Wirtschaftsleben werden. Nur dann kann sie auch aktiv in die Wirtschaft eingreifen und gestalten. Alle Bereiche der Daseinsvorsorge – Müll- Kanal- und Wasserwirtschaft, aber auch Energie – gehören grundsätzlich öffentlich organisiert.

Bund, Land und die Kommunen müssen von der vorherrschenden Privatisierungspolitik Abstand nehmen und stattdessen versuchen, in Form von Beteiligungen, aber auch in Form von Unternehmensgründungen selbst eine aktive Rolle in der Wirtschaft einzunehmen. Dies würde bei entsprechender Erschließung neuer Geschäftsfelder nicht nur Mehreinnahmen durch Unternehmensgewinne bedeuten, sondern auch eine Sicherung der Standorte und ein großes Maß an wirtschaftlicher Unabhängigkeit ermöglichen. Der neu zu schaffende öffentliche Beschäftigungssector muss eine Vorreiterrolle in der Lohn- und Beschäftigungspolitik einnehmen.

In der Steiermark wären Beteiligungen an der Stahl- und Fahrzeugindustrie ebenso denkbar wie die Übernahme von Schlüsselbetrieben in der Holzwirtschaft samt Schaffung einer Kette von Betrieben der Finalproduktion (Pellets, Möbel, Holzhäuser etc.).

Der öffentliche Wirtschaftssector könnte zur Lokomotive des industriellen und sozialen Fortschritts sein, seine Errichtung würde die Abhängigkeit vom Willen weniger Großkonzerne einschränken und müsste gegen den Willen des internationalen Kapitals und der in Österreich herrschenden Kräfte durchgesetzt werden.

Investitionsprogramm umsetzen

Unser Bundesland hat gute Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstieg. Der Markt ist jedoch nicht in der Lage, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen. An einem öffentlichen Programm zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen führt kein Weg vorbei. Dazu braucht es Investitionen, beispielsweise in den Ausbau kommunaler Infrastruktur, in öffentliche Verkehrsmittel und den massiven Neubau von Gemeindewohnungen.

Seit vielen Jahren regiert bei der öffentlichen Hand der Sparstift. Hunderte Postämter, Polizeistationen, Bahnhöfe, Kindergärten und vieles mehr wurden aufgelassen. Auch die Gemeindefusionen führten zu einem noch andauernden

Abbau kommunaler Infrastruktureinrichtungen. Dem muss durch eine Investitionsoffensive zur Schaffung neuer sozial wünschenswerter Einrichtungen entgegen gewirkt werden.

In der Steiermark fehlt es an gutem aber leistbarem Wohnraum. Massive Investitionen in den öffentlichen Wohnbau sind dringend notwendig. Gemeindewohnungen haben neben der Funktion günstiger Mieten auch eine soziale Regulierungsrolle und üben einen Druck auf den privaten Wohnsektor aus. Eine Wohnbauoffensive würde tausende Arbeitsplätze schaffen und den gravierenden Mangel an leistbaren Wohnungen lindern. Eine entsprechende Zweckwidmung der Wohnbaufördermittel würde die Finanzierung erleichtern.

Es braucht Investitionen in den Verkehr, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs muss dabei Vorrang haben. Tausende Arbeitsplätze könnten auch in Maßnahmen zum Umweltschutz und in Investitionen in das Pflege- und Gesundheitswesen geschaffen werden.

Finanzierung des Non-Profit-Bereiches

Die KPÖ-Steiermark tritt dafür ein, gemeinnützige Arbeit in bezahlte Arbeit umzuwandeln. Dazu fordern wir die Errichtung eines öffentlichen Non-Profit-Sektors, in dem der Bedarf an sozialen, kulturellen, Umwelt- und Infrastrukturaufgaben befriedigt werden könnte. So könnte auch *neue* gemeinnützig Arbeit angeboten werden, welche bisher überhaupt nicht oder in ungenügendem Umfang geleistet wird.

Nicht die Arbeit geht uns aus, sondern für gesellschaftlich notwendige Arbeit, die nicht ausreichend Profit bringt, werden keine Mittel zur Verfügung gestellt. In den Bereichen Pflege, Gesundheit, Bildung und Erziehung oder im Kulturbereich könnten zehntausende Arbeitsplätze geschaffen werden.

Dieser öffentliche Non-Profit-Sektor könnte beträchtliche Teile der brachliegenden Arbeitspotentiale aufsaugen und so einen wesentlichen Beitrag sowohl zu einer Dauer- Vollbeschäftigung als auch zur sozialen Wohlfahrt der Gesellschaft leisten. Dieser neu aufgestellte gemeinnützige Arbeitsmarkt müsste auch vorhandene Beschäftigungsverhältnisse in den entsprechenden Bereichen neu aufstellen, weg von Projekt- hin zu Dauerstellen mit langfristigem gesellschaftlichem Mehrwert. Die Entlohnung müsste sich an der entsprechenden Entlohnung im öffentlichen Dienst orientieren.

Ergebnis der von der KPÖ-Steiermark geforderten Reformen wäre eine Gesellschaft mit einer stark veränderten sozialen Basis, mit einem warenproduzierenden

den Sektor mit starken öffentlichen Anteilen im Industriebereich und einem gemeinwohlorientierten öffentlichen Sektor für die verschiedenen Tätigkeiten der gesellschaftlichen Reproduktion.

Arbeit neu organisieren!

Höhere Löhne – 1.700 Euro Mindestlohn

Immer mehr Menschen haben Geldsorgen, nicht weil sie arbeitslos sind, sondern weil sie sogar mit zwei oder drei Jobs zu wenig verdienen, um über die Runden zu kommen. Was wir brauchen sind Löhne und Gehälter, die es ermöglichen, dass eine durchschnittliche Familie von einem durchschnittlichen Einkommen gut leben, und zugleich Rücklagen für schwere Zeiten, Urlaub usw. bilden kann.

Dazu ist es erforderlich, dass die Gewerkschaften sich bei den Kollektivvertragsverhandlungen ihrer Stärke und Verantwortung bewusst werden und keine Netto-Lohnrunden unter der Inflation abschließen. Im Gegenteil: die jahrzehntelang gültige Formel, Gehaltserhöhung ist gleich Inflation plus halbem Produktivitätszuwachs (Benya-Formel) muss wieder zum Drehpunkt der Lohnkämpfe werden. Flankierend dazu benötigt es ein gesetzliches Mindestgehalt nicht unter 1.700 Euro brutto monatlich beziehungsweise von 10 Euro brutto die Stunde.

Auch für Lehrlinge muss eine Mindestlehrlingsentschädigung von 550 Euro durchgesetzt werden. Pensionen müssen ebenfalls jedes Jahr deutlich über der Inflation angehoben werden.

Höhere Löhne und Pensionen stärken die Kaufkraft und damit die heimische Wirtschaft. Dieser Entwicklung dürfen auf keinen Fall Gebührenerhöhungen, Verteuerungen und neue Belastungspakete entgegengesetzt werden. Es braucht einen Belastungsstopp.

Für die dreifache Arbeitszeitverkürzung

Hunderttausende Arbeiter und Angestellte machen Überstunden – und das oft unbezahlt. Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich immer mehr. Leistungsdruck, das Arbeiten bis in die Nacht hinein und selbst bei Krankheit gehören für immer mehr Menschen zum Alltag. Gleichzeitig sind hunderttausende arbeitslos, werden vom AMS von einer Schulung zur nächsten geschickt und verlieren zusehends jegliche Perspektive.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich wäre dringend nötig. Diese Arbeitszeitverkürzung müsste auf drei Ebenen durchgesetzt werden: Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden, die Einführung einer sechsten Urlaubswoche für alle und eine Senkung des Pensions-

antrittsalters würden die Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit senken und mehr Freizeit für die Einen und Arbeitsplätze für die Anderen bedeuten.

Unser Ziel ist eine Arbeitswelt, in der die Menschen bei Pensionsantritt auf ihr Arbeitsleben zurückblicken können mit dem Gefühl, etwas geleistet zu haben und fair behandelt worden zu sein – und auch die Pension in Würde erleben zu können. Die Pensionen sind sicher, sofern genügend Menschen Arbeit finden.

Gleiche Rechte, gleicher Lohn!

Berufstätigkeit bedeutet für Frauen ökonomische Unabhängigkeit und Überwindung der privaten Isolation, gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe erfordert daher eine Gleichstellung am Arbeitsmarkt. Tatsache ist jedoch, dass Frauen noch immer im Durchschnitt ein Drittel weniger als Männer verdienen. Zudem werden Junge Frauen noch immer in besonders gering entlohnte Jobs gedrängt, bei denen ein eigenständig finanziertes Leben kaum möglich ist. Finanzielle Unabhängigkeit vom Partner ist jedoch Grundlage jeder Emanzipation!

Zudem sind die Rahmenbedingungen, die es Frauen ermöglichen, in Erwerbsarbeit zu treten, unzureichend. Es braucht flächendeckende und qualitativ hochwertige, ganztägig geöffnete und vor allem kostenlose Kindergärten und Schulen. Die verpflichtende Einrichtung von Betriebskindergärten ab einer gewissen Unternehmensgröße wäre sinnvoll. Auch in der Altenpflege tragen Frauen oft die Hauptlast in der Familie. Hier braucht es genügend Pflegeeinrichtungen mit qualifiziertem und tariflich gut bezahltem Personal. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, Mehrfachbelastungen der Frauen zu mindern. Wer aus Gründen der Kindererziehung eine Teilzeitbeschäftigung eingenommen hat, muss ein Rückkehrrecht zu Vollzeit haben.

Das Land ist aufgefordert, Wirtschaftsförderungen an Unternehmen an die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz und in der Entlohnung zu koppeln.

Defizite in der Lehrlingsausbildung beheben

Viele junge Menschen erleben ihre Lehrjahre als unbefriedigenden Lebensabschnitt. Sie werden im Betrieb oft nicht ernst genommen und für niedere Dienste eingeteilt, welche ihnen bei ihrer Ausbildung nicht weiterhelfen. Die niedrige Lehrlingsentschädigung lässt keine finanziellen Spielräume zu. Nach der Lehre

stehen die jungen Facharbeiterinnen und Facharbeiter dann vielfach ohne Anstellung da, denn nur als billige Hilfsarbeitskräfte während der Lehrzeit konnte man sie brauchen.

In den Berufsschulen fehlen aktuelle Unterrichtsmethoden und Geld für passende Ausstattung. Hinzu kommt, dass viele Jugendliche gar keine Lehrstelle finden, weil zahlreiche Betriebe nicht oder kaum ausbilden.

Wir fordern die Einrichtung öffentlicher Lehrwerkstätten und eine bessere Ausstattung der Berufsschulen. Finanziert werden könnte dies durch einen Lehrlingsfonds, in den jene Betriebe einzahlen müssen, welche selbst nicht ausbilden. Eine Mindestlehrlingsentschädigung von 550 Euro netto monatlich im ersten Lehrjahr und eine Übernahmegarantie nach der Ausbildung müssen gesetzlich verankert werden.

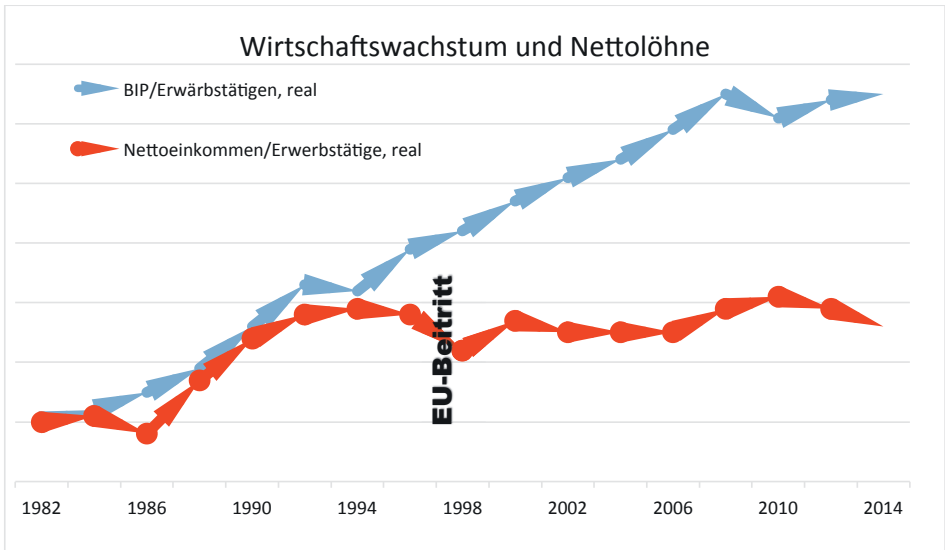
Das Geld ist da!

Wertschöpfungsabgabe und Vermögenssteuern

Die steigende Produktivität gehört in Form von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung an die arbeitenden Menschen, und in Form einer Wertschöpfungsabgabe („Maschinensteuer“) an die Sozialsysteme umverteilt.

Diese neue Form der Besteuerung würde Gewinne, Zinsen und Kapitalerträge belasten und nicht wie die gängigen Massensteuern die Einkommen der Menschen vermindern und das tägliche Leben verteuern.

Die Arbeitswelt wird durch moderne Technologien und vernetzte Systeme zunehmend neu organisiert. Das Schlagwort „Industrie 4.0“ wird strapaziert. Die Wirtschaft frohlockt, tausende Arbeitsplätze ließen sich dadurch einsparen. Wir hingegen wollen diesen Ausdruck einer massiv steigenden Arbeitsproduktivität zugunsten der Menschen umverteilen.

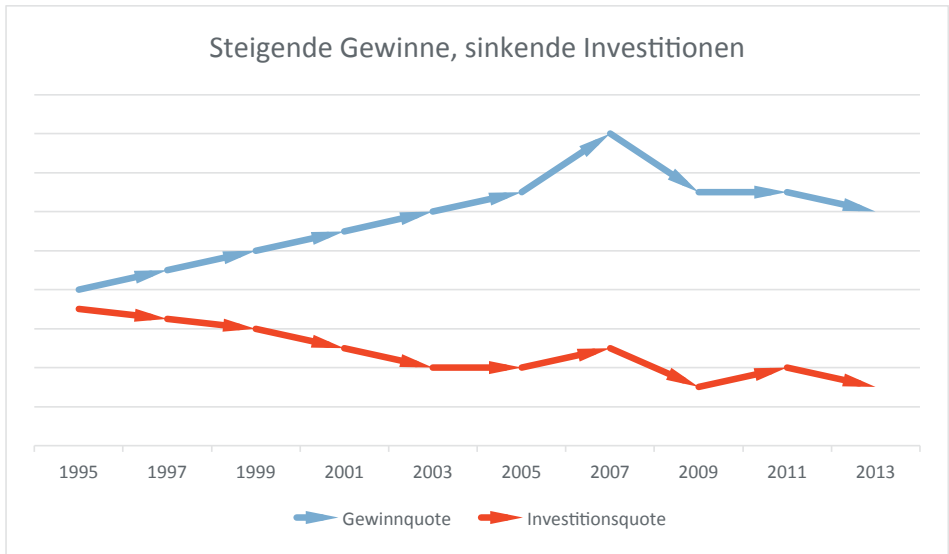


Seit dem Beitritt zur EU stagnieren die Löhne. Gleichzeitig wächst der gesellschaftliche Reichtum in Österreich weiter an. Diese Entkoppelung der Einkommen von der Wirtschaftsleistung führt dazu, dass riesige Geldsummen fehlen, im Geldbörsel ebenso wie im Staatshaushalt!

Das Geld, das auf der sozialen Seite fehlt, ist der Reichtum einiger Weniger. Vermögenssteuern sind daher ein vernünftiges Mittel, um zu Gunsten des Sozialstaates umverteilen zu können. Ergänzend müssen Steueroasen trockengelegt werden und es braucht dringend gesetzliche Maßnahmen, um den Kapitalabfluss aus Österreich zu begrenzen.

Geld für Investitionen statt Aktionäre

Die Gewinne steigen, gleichzeitig wird aber immer weniger investiert. Das Argument, dass Unternehmensgewinne letztlich die Investitionen von morgen seien, ist nicht mehr stichhaltig. Statt zu investieren, wird das Geld in der Finanzsphäre verspekuliert. Ausbaden müssen das die Arbeiterinnen, Arbeiter und die Angestellten, welche den Konkurrenzdruck mit ihren Löhnen abfedern müssen.



Wirtschaftsförderungen nur für neue Arbeitsplätze

Von der derzeit herrschenden Politik werden Wirtschaftsförderungen vor allem als Möglichkeit gesehen, privaten Unternehmen Steuergelder zukommen zu lassen. Unserer Meinung nach sollten Förderungen als steuernde Maßnahmen verstanden werden. So dürfen Steuergelder nur fließen, wenn im Gegenzug neue Arbeitsplätze geschaffen werden, und die Unternehmen entsprechende soziale Auflagen erfüllen: Wer seinen Betriebsrat drangsaliert, wer Frauen und Männer ungleich bezahlt oder wer zunehmend auf prekäre Beschäftigung setzt ist von Förderungen ausgeschlossen. Mittelfristig könnte das Land Förderungen in Form von Unternehmensbeteiligungen vergeben, um die wirtschaftspolitische Bedeutung des Landes zu erhöhen und eine wirkliche Standortgarantie zu haben. Generell muss die Richtschnur gelten, dass Förderungen nur für Arbeitsplätze fließen.

Für eine eigenständige Wirtschaftspolitik!

Nein zum Diktat der Banken und Konzerne

Seit dem EU-Beitritt stagnieren die Löhne, wird der Druck am Arbeitsplatz massiv erhöht und steigt die Konkurrenz am Arbeitsmarkt durch die Zuwanderung. Die EU zwingt Privatisierungen auf, verhindert öffentliche Investitionen, fordert Sparprogramme auf Kosten der Sozialleistungen und des Gesundheitssystems. Die EU ist ein Zusammenschluss im Interesse der Banken und Konzerne, der von ihr ausgehende neoliberale Turbo verhindert jede soziale Politik.

Der EU-Binnenmarkt lebt von der freien Mobilität der Arbeitskräfte. Die Menschen sollen zum Kapital wandern und nicht umgekehrt. Den Unternehmen passt es natürlich, dass sie ungehindert billige Arbeitskräfte importieren können. Eine fortschrittliche Politik muss den Arbeitsmarkt vor Dumpinglöhnen schützen und gesetzlich gegen Lohndrückerei vorgehen.

Längst ist der Zeitpunkt erreicht, wo Deregulierung und Flexibilisierung eine negative Bedeutung erhalten haben. Der freie Verkehr von Waren- und Kapitalströmen, aber auch der Ware Arbeitskraft dienen in letzter Instanz nur dem Kapital. Sie befeuern Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse und gehören eingeschränkt. In diesem Sinne stehen wir für „Regulierung“, für eine Abkehr von der neoliberalen Politik der EU. Deshalb fordern wir eine sofortige Aufhebung der Entsenderichtlinie in ihrer derzeitigen Fassung: EU-Firmen, die in Österreich tätig sind, müssen ihre Beschäftigten vom ersten Tag an zu österreichischen Bedingungen anstellen. Nur so kann grenzüberschreitendes Lohndumping effektiv verhindert werden.

TTIP verhindern

Ohne jegliche Transparenz und Mitbestimmung der österreichischen Bevölkerung sollen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA in Kraft treten. Die Auswirkungen sind dabei weitreichend: Der sogenannte „freie Handel“ gefährdet Arbeitsplätze sowie Umweltauflagen und fördert Tierleid. Soziale Standards, die Grundversorgung mit Dienstleistungen, öffentliches Eigentum, Verbraucher- und Datenschutz, ökonomische Entwicklung und demokratische Kontrolle sind in Gefahr.

TTIP würde in Europa rund 600.000 Arbeitsplätze kosten, allein in der österreichischen Landwirtschaft wären 4.500 Arbeitsplätze bedroht.

Die KPÖ hält dem Prinzip des „Freihandels“ zulasten der arbeitenden Bevölkerung die internationale Zusammenarbeit auf Augenhöhe entgegen. Im Vordergrund müssen Löhne und Rechte der Beschäftigten stehen, nicht Profitinteressen von Banken und Konzernen.

